

Stimme der Sans-Papiers

Voz de los indocumentados / Voix des Sans-Papiers

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt.

kein
mensch
ist
illegal

Basel / Dez. / 2007 / Ausgabe Nr.7.

Mitglieder der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt stellen sich vor...

Ich heisse Patra und komme aus Kamerun. Ich bin 28 Jahre alt. Vor drei Jahren bin ich in die Schweiz gekommen. Ich habe geglaubt hier sei das Paradies. Aber das Gegenteil ist der Fall; es ist die Hölle. Ich arbeite und werde ausgebeutet. Ich habe keine Papiere, aber ich habe nichts getan. Ich bin kriminell, nur weil ich hier bin. Die Schweiz soll ein Menschenrechtsland sein, aber wo sind diese Rechte? Wir sind doch auch Menschen! Wir kommen auf der Suche nach einem besseren Leben... Man sollte uns eine Chance geben! Ich passe mich an, damit ich hier leben kann. Ich halte mich genau an die Regeln der Gesellschaft, damit ich nicht auffalle und nicht kontrolliert werde. Das Leben ist hart und kompliziert in meiner Situation. Am meisten beschäftigen mich der Rassismus und die Diskriminierungen, die ich

hier erfahre. Ich leide viel und ich denke viel nach. Manchmal bin ich verzweifelt, aber ich muss meine Situation akzeptieren, denn es ist das Leben, dass ich gewählt habe. Ich warte und ich hoffe, dass es eines Tages besser wird. Die Hoffnung gibt mir Kraft. Ohne die Hoffnung geht es nicht.

Manchmal bereue ich, dass ich hier her gekommen bin. Ich bin jetzt 3 Jahre hier und habe nichts. Wenn ich könnte, würde ich zurück gehen. Aber ich kann nicht. Meine Familie und meine Freunde würden mich ablehnen, wenn ich ohne nichts zurückkäme. Ich müsste mit weniger neu anfangen als ich hatte, bevor ich in die Schweiz kam. Ich habe alles aufgegeben, um hier her zu kommen; meine Familie, mein Jus-Studium; alles. Auch wenn ich das Studium abgeschlossen hätte, in Ka-

merun hätte ich keine Chance auf eine Arbeit. In Kamerun gibt es viel Elend, Armut und Arbeitslosigkeit. Hier lebt man in Frieden, das gefällt mir. Es ist ruhig, es herrscht Ordnung, alles ist sauber und die medizinische Versorgung ist gut. In der Schweiz ist das Leben besser – sogar in meiner Situation ist es hier noch besser als in Kamerun. Ich habe hier mehr Möglichkeiten. Auch wenn ich schwarz arbeite und ausgenutzt werde, verdiene ich mehr als in Kamerun. Ich kann besser leben und sogar noch Geld nach Hause schicken. Aber das Glück habe ich nicht gefunden.

Ich erzähle auch den Leuten in meinem Herkunftsland, meiner Familie und meinen Freunden, dass Europa nicht das Paradies ist. Ich möchte die Menschen in Kamerun sensibilisieren. Sie glauben, Europa sei das Paradies. Ich würde gerne ein Buch schreiben über meine Erfahrungen und das Leben hier. Ich möchte die Leute warnen, damit sie nicht mehr auf den Booten ihr Leben aufs Spiel setzen, weil sie meinen Europa sei das Paradies. Am Anfang wollte meine jüngere Schwester auch kommen. Aber ich habe ihr gesagt, dass das Leben hart ist hier und dass man keine Bewilligung bekommt. Jetzt hat sie sich das aus dem Kopf geschlagen.

Vielleicht war es die grösste Dummheit meines Lebens, dass ich nach Europa gekommen bin und alles aufgegeben habe. Zurück kann ich nicht, denn ich habe nichts. Ich warte und ich hoffe... Wenn ich eine Bewilligung hätte, könnte ich ein normales Leben führen. Ich könnte studieren, arbeiten und Steuern bezahlen. Ich verstehe nicht, warum in der Schweiz keine Regularisierungen durchgeführt werden wie in Spanien oder Frankreich. Man muss heiraten, um Papiere zu bekommen, das ist doch keine Politik! Es muss doch andere Lösungen geben! Ich würde mir wünsche, dass die Menschen hier mehr Verständnis haben für uns, dass sie einmal einen Tag in unsere Haut schlüpfen und selbst fühlen, in welcher Situation wir sind und wie wir behandelt werden. Ich wünsche mir, dass sie verstehen, dass wir auch Menschen sind und dass sie uns eine Chance geben. Es gibt gute und schlechte Menschen, aber es sind nicht immer die Fremden die Schlechten.



Plattform für die Sans-Papiers – in der Sackgasse?



Das Jahr 2001 war das Jahr der Sans-Papiers. Man wollte glauben, dass die Sensibilisierung der Gesellschaft bezüglich Sans-Papiers unumkehrbar geworden sei, bewirkt durch die Aktionen der Kollektive, die Kirchenbesetzungen, Demonstrationen, Medienberichte und Parlamentsdebatten. Wir wähten uns in Sicherheit: Die Sans-Papiers tauchen aus dem Schatten auf und nichts kann dazu führen, dass sie zu einem versteckten Leben im Untergrund zurückkehren müssen. Undenkbar, alle auszuschaffen! Also muss man sie regularisieren! Niemand konnte sich damals vorstellen, dass man sich so bald wieder in einer Sackgasse wiederfinden würde.

Ich kann mich noch sehr genau an die Worte von Pascal Couchepin erinnern, die er anlässlich einer Veranstaltung an mich gerichtet hatte, nachdem ich ihm die dramatische Situation einiger in einem Kirchenasyl versteckter Familien in Lausanne geschildert hatte. „Sollen sie doch rauskommen! Es wird ihnen nichts passieren!“ Man hätte diese Worte als Versprechen verstehen können - sie klangen aber viel eher nach einem zynischen Eingeständnis, nichts machen, nichts hören und nichts sehen zu wollen. In vergleichbarer Atmosphäre fand dann

auch die dringliche Parlamentsdebatte im Dezember 2001 statt, nach einer Demonstration mit über 10'000 Teilnehmenden in Bern.

Wir hätten vorhersehen sollen, dass alle unsere Forderungen abgelehnt würden. Aber wir waren so getragen von der Kraft der Bewegung, dass es einer kalten Dusche gleichkam. Diese Demonstration von Gleichgültigkeit der PolitikerInnen - es war einfach unerträglich! Aus diesem Gefühl heraus entstand die Idee der Plattform. Weil das Parlament sogar die Idee eines Runden Tisches verworfen hatte, mussten wir diesen eben selber organisieren.

Wiederholte Runde Tische

Ab Sommer 2002 wurden Kontakte geknüpft zu Gewerkschaften, Hilfswerken, Sans-Papiers-Unterstützungskollektiven und ParlamentarierInnen. Das Ziel war die Organisation eines ersten Runden Tisches. Dieser fand im Dezember 2002 statt.

Man kann nicht sagen, dass diese Begegnung umsonst war. Auch wenn keine konkreten Fortschritte erzielt wurden, war die direkte Begegnung doch ein starker Moment. Bei dieser Gelegenheit schlug

Francis Matthey, Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) vor, eine Arbeitsgruppe auf die Beine zu stellen um die einzelfallweisen Regularisierungen zu fördern. Diese Arbeitsgruppe fing dann zwei Jahre später an zu arbeiten, nach unzähligen Diskussionen und in Zusammenarbeit mit der Plattform. Deren Arbeit ist noch nicht zu Ende, aber wahrscheinlich wird sie die Abkühlung des politischen Klimas nicht überleben.

Zwischen 2003 und 2007 organisierte die Plattform mehrere Treffen zu spezifischen Themen wie Zugang zu Gesundheit, Berufsbildung für junge Sans-Papiers und Heiraten. Jedes Mal nahmen viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft teil - von Seite der Behörden kam dagegen sehr wenig Echo. Dies, obwohl der Informationsaustausch immer sehr wertvoll war. Dank der Runden Tische wurden die Schwierigkeiten in der Praxis klarer sichtbar. Es konnten Informationen über offizielle Weisungen bekannt gemacht werden, die oft im Widerspruch standen zu der Praxis in vielen Kantonen. Im Bereich der Gesundheit konnten die Lücken im Bereich der Aufnahme von Sans-Papiers durch Krankenkassen und Spitäler aufgezeigt werden. Der Direktor des Bundesamtes für Gesundheit hat nach einer

ersten Begegnung eine Weisung an alle Kantone verschickt, um deren Pflichten in Erinnerung zu rufen.

Was jedoch Probleme bereitete, war und ist die mangelnde langfristige Begleitung der verschiedenen Themen. Es werden von Behördenseite her Versprechungen gemacht, welche die Plattform immer wieder einfordern muss, da sonst nichts weiter geht. Man muss immer wieder von neuem Druck aufsetzen. Wir werden herablassend oder gar misstrauisch behandelt. Unser Nachhaken ist zu diskret, wir verfügen über zu wenig Mittel und haben zu wenig Gewicht.

Nie zulassen, dass Stille einkehrt

Das Ziel der Plattform war immer gewesen, die Sans-Papiers auf der politischen Agenda zu behalten, selbst wenn die Resultate auf sich warten liessen. Die Runden Tische waren nicht das einzige Mittel. Oft fanden die Diskussionen ihren Niederschlag auch in parlamentarischen Vorstössen. Wir haben auch versucht, Einfluss zu nehmen auf die ParlamentarierInnen, als das neue Ausländergesetz debattiert wurde und wir haben regelmässig auch die Medien informiert – leider mit wenig Echo.

Trotz der schwierigen Umstände versucht

die Plattform weiterhin, die Öffentlichkeit und die Behörden für die Probleme der Sans-Papiers zu sensibilisieren. So wurde zum Beispiel eine Preisverleihung an Sans-Papiers-ArbeiterInnen organisiert. Die Sans-Papiers-Preise wurden vom Berner Stadtpräsidenten und einigen NationalrätInnen übergeben. Wir überlegen uns aktuell, nächstes Frühjahr eine gewichtigere Veranstaltung über Regularisierungen in Europa durchzuführen, auf der Basis des kürzlich vom Europarat veröffentlichten Berichtes.

Mehrmals hat die Plattform schon daran gedacht, ihre Aktivitäten einzustellen. In der Tat dominiert der Eindruck, dass wir uns in einer Sackgasse befinden. Wir haben mit der Arbeitsgruppe der EKA zusammengearbeitet in der Hoffnung, Druck auf die Kantone, aber auch auf das Bundesamt für Migration ausüben zu können. Die Idee, durch diese Arbeitsgruppe eine Kriterienliste bezüglich Regularisierungen erarbeiten zu können, hat leider nicht funktioniert. Kriterien gibt es bereits: im Metzler / Blocher – Rundschreiben. Aber sie entfalten keine Wirkung. Das Bundesamt für Migration orientiert sich kaum an diesen Kriterien, sondern praktisch ausschliesslich an der Jurisprudenz des Bundesverwaltungsgerichts. Viele Sans-Papiers, die eigentlich

alle Regularisierungskriterien erfüllen, werden dennoch abgelehnt. Aber nicht ganz alle! Und genau da liegt das Problem: der Eindruck von Willkür dominiert. Dies entmutigt uns einerseits, andererseits geben wir genau deshalb nie auf!

Das Ziel der Plattform bestand auch darin, als Brücke zwischen den in der Praxis tätigen Organisationen und den kantonalen und eidgenössischen Behörden zu dienen, um nicht zuzulassen, dass wieder Stille einkehrt bezüglich der Problematik der Sans-Papiers. Alle unsere Partner unterstützen uns nach wie vor. Die Unterstützungsbewegung für die Sans-Papiers ist zwar diskreter geworden, verschwunden ist sie dennoch nicht. Diese Organisationen begrüßen die Aktivitäten der Plattform, weil diese dafür sorgt, dass die Behörden nicht in Frieden gelassen werden mit ihrer riesigen Heuchelei. Trotzdem kann man nicht leugnen, dass die Behörden unerschütterlich geworden sind. Sie stellen ihre Politik nicht mehr in Frage, sondern verhärten sie immer weiter. Die neuen Asyl- und Ausländergesetze werden die Zahl der Sans-Papiers noch vergrössern, da die NEE's und die abgelehnten Asylsuchenden ohne Sozialhilfe zu einer Verschlechterung der Situation der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthaltsstatus führen könnten. Heiraten von Sans-Papiers sind fast unmöglich geworden. Und mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes gegen Schwarzarbeit kommen weitere Bedrohungen auf uns zu.

Trotzdem, es ist enorm wichtig, dass die Basisarbeit weiter geht und dass die Behörden ein Echo davon erhalten. Trotz aller Widrigkeiten behalten wir Vertrauen in die Widerstandskraft der Zivilgesellschaft. Es gibt Verbesserungen. Der Artikel 14 des neuen Asylgesetzes zum Beispiel hat unerwartete Regularisierungen ermöglicht. Dank der Bemühungen der Akteure an der Basis wird es uns vielleicht gelingen, die inhumanen Gesetze zu überwinden!

Anne-Catherine Ménetrey
Präsidentin der Plattform von 2002 - 2007



Sans Papiers: Debatte im Basler Grossen Rat

Zwei politische Vorstösse wurden in den letzten Monaten im Grossen Rat behandelt. Im Frühling wurde der Anzug betreffend Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention der Autorin dieses Artikels behandelt und diesen Herbst wurde der Bericht der Regierung zum Anzug betreffend die Verbesserung der Situation von Sans Papiers von Karin Häberli diskutiert und stehen gelassen.

Der Vorstoss betr. UNO-Kinderrechtskonvention weist darauf hin, dass das revidierte Asylgesetz wie auch das neue Ausländergesetz (AUG) zum Teil im Widerspruch zur Kinderrechtskonvention stehen. Die Regierung wird deshalb gebeten, Möglichkeiten zu prüfen, um zu garantieren, dass das Kindeswohl als übergeordneter Grundsatz respektiert wird. Insbesondere soll geprüft werden, wie die Kinderrechtskonvention in unserem Kanton auch gegenüber MigrantInnen ohne gefestigtes Anwesenheitsrecht (AsylbewerberInnen, Sans-Papiers) eingehalten werden kann. Der genaue Text des Anzugs ist unter www.grosserrat-bs.ch / Geschäfte (Anzug Nr. 07.5084) abrufbar.

In der Debatte um die Überweisung, betonte die Anzugstellerin, dass Kinder ohne geregelten Aufenthalt und ihre Familien ganz besonders unter den neuen Regelungen des Asylgesetzes und des AUG leiden werden und dass der Kanton da unbedingt seinen Spielraum für menschenwürdige Lösungen ausloten muss. Der Vorstoss wurde dann auch überraschend klar mit nur 14 Gegenstimmen überwiesen. Nun hat die Regierung 2 Jahre Zeit, dazu einen Bericht zu verfassen.

Beim Anzug betreffend die Verbesserung der Situation von Sans Papiers waren schon zwei Jahre seit der Überweisung, die damals eine kleine Sensation war, vergangen und die Regierung lieferte einen Bericht dazu ab. Dieser Bericht verwies vor allem auf den „aktuellen migrationspolitischen Kontext“, also auf die zunehmende Kälte der Bundesbehörden gegenüber Menschen ohne geregelten Aufenthalt. Diese schlimme Entwicklung zeigt sich deutlich im Umgang mit Härtefallgesuchen, die vom Bundesamt für Migration praktisch ausnahmslos abgelehnt werden. Die Basler Regierung reagiert auf diese frustrierende Situation resigniert und mutlos und erklärt im Bericht, dass kein Spielraum bestehe und man halt nichts machen könne. Aus diesem Grund wollte die Regierung den

Anzug für erledigt erklären.

In der Grossratsdebatte wurde von Vertreterinnen des Grünen Bündnis und der SP dafür gekämpft, dass der Anzug „stehen gelassen“ wird. Dies mit der Begründung, dass zwar zur Zeit wirklich wenig Spielraum bestehe, doch dass mit dem Abschreiben des Anzugs ein falsches Signal gegeben würde. Wird ein Vorstoss abgeschlossen, bedeutet das auch, dass man mit der Antwort der Regierung einverstanden ist. Im konkreten Fall würde das Parlament dann ja direkt signalisieren (wie es die ehemalige Genfer Regierungsrätin Martine Brunschwig Graf ausdrückte): „Ja, es gibt eine rechtsfreie Zone, ja es gibt Sans Papiers, wir brauchen sie, aber wir legalisieren sie nicht.“ Das sei eine Aussage, die so nicht stehen bleiben dürfe, wurde appelliert. Ob es diese engagierten Voten waren, die dazu geführt haben, lässt sich im Nach-

hinein nicht feststellen, jedenfalls wurde der Anzug betreffend die Verbesserung der Situation der Sans Papiers äusserst knapp mit 54 gegen 53 Stimmen und vielen Enthaltungen stehen gelassen.

Die Diskussionen im Vorfeld und auch im Grossen Rat zeigen, dass das Klima gegenüber Sans Papiers härter und kälter geworden ist. Sie zeigen aber auch, dass es sich weiterhin lohnt, dafür zu kämpfen, dass immerhin die Kantone ihren Spielraum bei der Umsetzung der verschiedenen Gesetze und Verordnungen dazu nützen, um humane Lösungen für die Betroffenen anzubieten.

Heidi Mück

DIE ZEITUNG DER ANLAUFSTELLE FÜR SANS-PAPIERS EIN PROJEKT VON:

- Komitee Sans-Papiers Nordwestschweiz
- Solidaritätsnetz für Menschen ohne geregelten Aufenthalt Basel
- Demokratische JuristInnen (DJS)
- Interprofessionelle Gewerkschaft (IGA)
- Comité européen pour la défense des réfugiés et immigrants C.E.D.R.I.
- unterstützt durch: fondia, Stiftung zur Förderung der Gemeindegemeinschaft im Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund
- Gewerkschaft Erziehung (GE)

Ort / Kontakt:

Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1,
4058 Basel
061 681 56 10
anlaufstellebasel@gmx.ch
www.sans-papiers-basel.ch
Postkonto: 40-224072-2

Öffnungszeiten der Anlaufstelle:

Di 14.00-18.00 Uhr
und Do 16.00-20.00 Uhr
und Mi 10-12 Uhr telefonische Beratung.